Sitzungsvorlage

Datum: 01.08.2019
Drucksache Nr.: **19/0285**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration	29.10.2019	öffentlich / Vorberatung
Rat	06.11.2019	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Fortschreibung des kommunalen Aktionsplans Inklusion

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt die Empfehlung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration zur Kenntnis und stimmt der Fortschreibung des Kommunalen Aktionsplans Inklusion der Stadt Sankt Augustin zu.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung, durch die dezernats- und fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe Inklusion ein Konzept für die Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion zu erarbeiten. Der Unterstützungsbedarf (Umfang und Kosten) durch ein fachlich und personell geeignetes externes Unternehmen soll geprüft werden.
3. Der Rat der Stadt Sankt Augustin stellt die erforderlichen Mittel für die Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion nach Angebotsheranziehung und Verabschiedung des finalen Konzeptes bereit.

Sachverhalt / Begründung:

Mit dem Beschluss vom 17.06.2015 verabschiedete der Rat der Stadt Sankt Augustin den ersten kommunalen Aktionsplan Inklusion der Stadt Sankt Augustin (DS-Nr.: 15/0128). Mit dem Aktionsplan wurden für einen Zeitraum von fünf Jahren Maßnahmen definiert, wie in Sankt Augustin die UN-Behindertenrechtskonvention, die die Bundesrepublik Deutschland 2009 ratifizierte, umgesetzt wird.

Ein entsprechender Maßnahmenplan wurde 2014 und 2015 beteiligungsorientiert und themenfeldbezogen in Bürgerwerkstätten erarbeitet. Begleitet und koordiniert wurde der Prozess von der Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS). Im Ergebnisbericht, dem verabschiedeten Aktionsplan Inklusion, hält die FOGS fest, dass mit dem ersten Plan ein „(längerfristiger) Veränderungsprozess“ angestoßen wurde, der nicht damit endet, „einmalig einen Aktionsplan zu erstellen. Vielmehr markiert die Vorlage des Aktionsplans den Auftakt und die Grundlage für eine kontinuierliche (Querschnitts-) Aufgabe der Stadt Sankt Augustin.“ Als Empfehlung wurde eine regelmäßige Evaluation und Fortschreibung des Aktionsplans ausgesprochen, die „durch eine interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppe erfolgen“ soll.

Arbeitsgruppe Inklusion

Mit der AG Inklusion wurde eine solche interdisziplinäre Gruppe eingerichtet, die bereits an der Erstellung des aktuellen Aktionsplans Inklusion mitwirkte und diesen fortan begleitet.

Regelmäßige Mitglieder der AG sind:

- Dezernent III
- Dezernent IV
- Stabsstellenleitung Integration und Sozialplanung (Dez. III)
- Sachbearbeiter für das Monitoring des Aktionsplans Inklusion (StS luS)
- Stelle „barrierefreie Stadt“ (Dez. IV)
- ehrenamtliche Behindertenbeauftragte des Rates der Stadt Sankt Augustin
- Fachbereichsleitung 4 Soziales
- Verkehrsplaner, Fachdienst 6/10 Planung und Liegenschaften
- Schwerbehindertenvertretung der Stadtverwaltung Sankt Augustin

Mit der Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion soll der Fachbereich 5 Kinder, Jugend und Schule als regelmäßiges Mitglied in die AG Inklusion aufgenommen werden.

Budget

Bereits im Haushaltsplan 2014/15 wurde die Fortschreibung des Aktionsplans berücksichtigt. Hierfür wurden für 2020 ein Finanzbedarf von 22.100,00 € angezeigt. Dies entspricht rund zwei Dritteln der Kosten, die für die erstmalige Erstellung des bestehenden Aktionsplans Inklusion durch FOGS entstanden (Angebot vom 04.02.2013: 33.677,00 € brutto). Die Verwaltung hat die angegebene Summe für den Haushalt 2020/2021 angemeldet.

Um den genauen Finanzbedarf für eine beteiligungsorientierte Fortschreibung zu ermitteln, bedarf es einer Konzeption, die u. a. festlegt:

- welche Schritte/Module für eine Fortschreibung erforderlich sind,
- wie die Beteiligung der einzubeziehenden Verwaltungsbereiche sowie
- die Beteiligung der Bürgerschaft erfolgen kann,
- welche verwaltungsinternen personellen Ressourcen für die Fortschreibung 2020 zur Verfügung stehen und
- welche Schritte zeitlich und fachlich durch die Verwaltung geleistet werden können und letztlich
- welche Aufgaben durch einen geeigneten externen Anbieter geleistet werden sollen.

Der genaue Finanzbedarf hängt von der Auftragsvergabe der extern zu erbringenden Leis-

tungen (z. B. Durchführung von Experteninterviews, Online-Befragungen, Risikoanalyse) sowie der letztlich eingehenden Angebote ab. Um Anbieter zu finden, erfolgt eine Recherche sowie Angebotsanfragen bei mindestens drei fachlich geeigneten Unternehmen. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich im Vergleich zur erstmaligen Erstellung des Aktionsplans 2013/14 die Höhe der Kosten senken lassen, da im Dezernat III (Stabsstelle IuS) sowie Dezernat IV 2018 Personal für die Inklusionsarbeit eingestellt wurde. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der Aufwand für eine Fortschreibung geringer ist als für eine erstmalige Erstellung.

Fazit

Die Verwaltung spricht sich für die Fortschreibung des Aktionsplans aus, da er sich als hilfreiches Steuerungsinstrument zur Verbesserung der Barrierefreiheit in Sankt Augustin bewiesen hat. Durch die umgesetzten Maßnahmen konnte in den letzten Jahren sukzessive die Teilhabe insbesondere von Menschen mit Behinderung gefördert werden. Sie tragen darüber hinaus aber auch dazu bei, Sankt Augustin familien- und seniorengerechter zu machen.

In Vertretung

Ali Doğan
Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf 22.100 €.

- Die Mittel wurden für den Haushalt 2019/2020 im Teilergebnisplan Produkt 05-03-02 Integration und Sozialplanung angemeldet.
- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.